

**DEPARTEMENT
GESUNDHEIT UND SOZIALES**

EANHÖRUNG: IHRE STELLUNGNAHME

Dieses Dokument zeigt Ihnen Ihre notierten Angaben aus dem Online-Fragebogen. Es wird automatisch generiert.

Details

Name der eAnhörung	Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Aargau
PDF-Dokument generiert am	18.01.2022 08:51
Stellungnahme von:	FDP.Die Liberalen Aargau

FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Aargau (BZG-AG); Änderung

Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 8. Oktober 2021 bis 4. Februar 2022.

Inhalt

Nach der Totalrevision des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) vom 20. Dezember 2019 (SR 520.1) resultiert ein Anpassungs- und Klärungsbedarf für die kantonale Gesetzgebung. Das Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Aargau (BZG-AG) vom 4. Juli 2006 (SAR 515.200) soll angepasst und gleichzeitig weiterentwickelt werden.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

KANTON AARGAU

Departement Gesundheit und Soziales
Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz
Lia Reiser
Projektleiterin Revision BZG-AG
062 835 31 35
politischegeschaefte.amb@ag.ch

Angaben zur Ihrer Stellungnahme

Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für eine Anhörungseinladung verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

Adressblock - Ihre Angaben

Name der Organisation	FDP.Die Liberalen Aargau
E-Mail	info@fdp-ag.ch

Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

Bitte notieren

Vorname	Gabriel
Nachname	Lüthy
E-Mail	gabriel.luethy@grossrat.ag.ch

Fragen zur Anhörungsvorlage

Frage 1: Obligatorische Sicherheitsveranstaltung Bevölkerungsschutz

Die Partner im Bevölkerungsschutz sollen jährlich eine Sicherheitsveranstaltung für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons durchführen (vgl. Kapitel 3.1 im Anhörungsbericht). Veranstaltungen auf freiwilliger Basis vermögen das Zielpublikum nur in sehr bescheidenem Umfang zu erreichen. Um die Organisationen im Bevölkerungsschutz besser alimentieren zu können, muss die Teilnahme an der Sicherheitsveranstaltung obligatorisch sein. Sie soll dezentral durch die Bevölkerungsschutzregionen durchgeführt werden. Dabei kann der Kanton die Bevölkerungsschutzorganisationen unterstützen. Die Kosten fallen damit schwergewichtig bei den Bevölkerungsschutzregionen, zu einem kleineren Teil beim Kanton an. Zur Durchsetzung des Obligatoriums ist für die verschuldete Nichtteilnahme an der Sicherheitsveranstaltung eine Sanktion vorgesehen. Die Sicherheitsveranstaltung fällt nicht in den Geltungsbereich des Erwerbersatzgesetzes; eine finanzielle Entschädigung der Teilnahme ist nicht vorgesehen.

Sind Sie mit der obligatorischen Teilnahme der Einwohnerinnen und Einwohnern an einer regional durchgeführten Sicherheitsveranstaltung (neuer § 18a BZG-AG) einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 1

Die Bestände für die verschiedenen Organisationen des Bevölkerungsschutzes müssen auch in Zukunft sicher gestellt werden. Eine obligatorische Informationsveranstaltung kann die Erreichung dieses Ziels unterstützen. Ob es dazu einen halben Tag braucht, ist fraglich. Der Zeitpunkt der Veranstaltungen ist so zu wählen, dass der Ausfall der Mitarbeitenden für Betriebe und Institutionen so gering wie möglich ist (z.B. Abendveranstaltungen).

Die Vorlage und der Entwurf des §18a ist insofern unklar, dass die Umsetzung offen bleibt. Es ist festzulegen, wer den administrativen Aufwand für die Einladung, die Anwesenheitskontrolle und die Sanktion (Bussgeldrechnung und -inkasso) auf sich nimmt und welcher finanzieller Aufwand erwartet wird.

Uns ist bekannt, dass der Kanton Thurgau ein Pilotprojekt mit einem Sicherheitstag auf Stufe Kantonsschule durchgeführt hat. Es wäre wünschenswert, dass die Erkenntnisse daraus ebenfalls in die Erwägungen des Kanton Aargau einbezogen werden.

Der positive Effekt aus der geplanten Änderung ist nicht offensichtlich. Eine Überprüfung 5 Jahre nach der Einführung muss unbedingt vorgenommen werden.

Frage 2: Alarmierung und Telematik

Das neue Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz des Bundes trifft Regeln über die einzelnen Telematiksysteme von Bund und Kantonen. Konkret geht es um das mobile Sicherheitsfunksystem, das nationale sichere Datenverbundsystem, das zukünftige mobile breitbandige Sicherheitskommunikationssystem und das zukünftige nationale Lageverbundsystem. Der Bund ist zuständig für die zentralen Komponenten. Die Kantone sind zuständig für die dezentralen Komponenten dieser Systeme. Es sind kantonale Regelungen zum Einbezug der Partner des Bevölkerungsschutzes nötig (vgl. Kapitel 3.2 Anhörungsbericht).

Sind Sie mit der Einbindung der Partner im Bevölkerungsschutz und der Betreiber der Kritischen Infrastrukturen in die Telematiksysteme des Bevölkerungsschutzes (§ 11a BZG-AG) einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 2

§11a Absatz 2: In der Botschaft ist aufzuzeigen

a) wie ausgeprägt der genannte Systempluralismus heute existiert

b) bei welchen "wichtigen Gründen" eine Verpflichtung ausgesprochen wird und wer davon betroffen wäre

c) ob es allenfalls Sinn macht (abhängig vom Ergebnis zur Frage a) oben), dem Systempluralismus durch eine klarere Vorgabe und einer angemessenen Übergangsfrist entgegen zu wirken

Frage 3: Führung

Die Rolle der Regionalen Führungsorgane (RFO) soll präzisiert werden. Zur Klärung der erwarteten Leistungen und Aufgaben erhalten die RFO kombinierte Leistungsaufträge. Die Leistungsaufträge stammen von der regionalen Stufe, also den Bevölkerungsschutzregionen, sowie von der kantonalen Koordinationsstelle für Bevölkerungsschutz. Damit können regionale Bedürfnisse und kantonale Vorgaben koordiniert, transparent gemacht und verpflichtend festgelegt werden.

Sind Sie mit der Erteilung kombinierter Leistungsaufträge durch die Bevölkerungsschutzregionen und durch den Kanton an die Regionalen Führungsorgane (§ 10 Abs. 2^{bis} BZG-AG) einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 3

Kombinierte Leistungsaufträge bringen die Frage nach der Zuständigkeit und Finanzierung mit sich. In der Botschaft ist aufzuzeigen, wie sich die Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen Kanton und Gemeinden verschieben. Die RFO werden heute von den Gemeinden finanziert. Die RFO dürfen nicht zum reinen Ausführungsorgan des Kantons werden. Wird der Kanton neue Leistungen definieren, müsste er einen Teil der Kosten übernehmen (Verursacherprinzip). Die Fragestellung der tatsächlichen Zuständigkeit und der darauffolgenden Finanzierung muss präzisiert werden. Ausserdem wird in §10 Absatz 2bis von Stellen im Mehrzahl gesprochen. Wer sind diese Stellen?

Frage 4: ABC

Der Schutz vor ABC-Ereignissen (atomar, biologisch, chemisch) ist eine zentrale Aufgabe des Bevölkerungsschutzes. Die Rollenverteilung zwischen den involvierten Partnerorganisationen im Bevölkerungsschutz ist nicht abschliessend geklärt. Auch darum fehlt es an konzeptionellen Grundlagen für den ABC-Schutz. Der ABC-Schutz soll neu als Aufgabe explizit im BZG-AG verankert werden. Damit können die Expertisen der verschiedenen Partner optimal genutzt und die bestehende Regelungslücke geschlossen werden. Die weitere Umsetzung wird der Regierungsrat auf der Verordnungsebene vornehmen.

Sind Sie mit einer Regelung des ABC-Schutzes durch den Regierungsrat (§ 3 Abs. 2 lit. c^{bis} BZG-AG) einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 4

In der Botschaft ist aufzuzeigen, was der Regierungsrat in der Verordnung genau regeln will.

Frage 5: Ausbildung

Mit dem neuen BZG eröffnet der Bund neue Rahmenbedingungen für die Dauer der Ausbildungen im Zivilschutz. Die Anpassungen betreffen die Grundausbildung, die Kaderausbildung, die Zusatzausbildung und die Weiterbildung. Neu schreibt der Bund einen praktischen Dienst für alle Milizkader vor. Im BZG-AG wird die Dauer der Ausbildung für den Kanton innerhalb der bundesrechtlichen Rahmenbedingungen spezifiziert (vgl. Kapitel 3.5 des Anhörungsberichts).

Sind Sie mit einer Festlegung der Grundausbildung auf einen kantonalen Rahmen von 12 bis 16 Tagen, der Kaderausbildung auf maximal 15 Tage, der Zusatzausbildung auf maximal 19 Tage, der Weiterbildung auf maximal 5 Tage und der Wiederholungskurse auf in der Regel 10 Tage pro Jahr (§§ 24, 24a und 25 BZG-AG) einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort zur Dauer aus:

	zu lange	angemessen	zu kurz	Keine Angabe
Grundausbildung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Kaderausbildung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Wiederholungskurse	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>

Bemerkungen zur Frage 5

In der Botschaft muss dargestellt werden, was die vorgeschlagene Änderung zu heute bedeutet, z.B. in Total Diensttagen pro AdZS während der gesamten Dienstzeit und im Vergleich zu anderen Kantonen. Ausserdem wird im Anhörungsbericht nicht begründet, weshalb es eine Veränderung (Erhöhung?) der Dienstzeit braucht.

Frage 6: Verwaltung der Ersatzbeiträge

Gemäss den geltenden kantonalen Rechtsgrundlagen werden die Ersatzbeiträge von der zuständigen kantonalen Stelle verwaltet und verfügt. Es gibt einen kantonalen Fonds für Ersatzbeiträge. Daneben haben die meisten Gemeinden noch eigene Fonds. Die Gemeindefonds werden seit 2012 nicht mehr weiter geäufnet. In den kommenden Jahren werden die Bestände der Gemeindefonds voraussichtlich stark sinken. Bei der Verwendung der Spezialfinanzierung sind sowohl der Kanton als auch die Gemeinden durch die Zweckbindung eingeschränkt. Die Ersatzbeiträge dürfen nur für den Zivilschutz verwendet werden. Die Beiträge müssen für jede einzelne Verwendung durch den Kanton freigegeben werden. Die noch bestehenden Gemeindefonds sollen auf den Kanton übertragen werden (vgl. Kapitel 3.6 des Anhörungsberichts). Die Gemeinden werden von der Verwaltung der Fonds entlastet, die Freigabe zur Verwendung von Ersatzbeiträgen wird vereinfacht. An der Verwendung der Ersatzbeiträge für den Zivilschutz ändert sich nichts. Die Übergangszeit beträgt vier Jahre.

Sind Sie mit einer ausschliesslichen Verwaltung der Ersatzbeiträge durch den Kanton (§ 35 BZG-AG) einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 6

Frage 7: Schutz kritischer Infrastrukturen

Der Kanton Aargau muss die Querschnittsaufgabe kritische Infrastrukturen auf seiner Stufe bearbeiten können. Es soll eine Zentralstelle für den Schutz kritischer Infrastrukturen bezeichnet und die kantonalen kritischen Infrastrukturen sollen inventarisiert werden (vgl. Kapitel 3.7 des Anhörungsberichts). Letztlich geht es dabei um die Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Zusammenarbeit kantonalen Stellen mit den privaten Betreibern von kritischen Infrastrukturen.

Sind Sie mit der Schaffung einer Zentralstelle und der Inventarisierung kantonalen kritischer Infrastrukturen (§ 44a BZG-AG) einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 7

Die Zentralisierung hat kostenneutral zu erfolgen, es dürfen dafür keine neuen Stellen geschaffen werden. Es ist dafür zu sorgen, dass nötigenfalls anderenorts entfallenden Kosten der Verwaltung eingespart werden, so dass für den Steuerzahler unter dem Strich keine Mehrkosten entstehen. Durch die Zentralisierung muss ein Effizienzgewinn erfolgen, ansonsten macht sie wenig Sinn.

Auf der nachfolgenden Seite erhalten Sie Gelegenheit, Schlussbemerkungen zur vorliegenden Anhörung zu notieren.

Bitte beachten Sie: Ihre Stellungnahme wird erst eingereicht, wenn Sie anschliessend auf den Button "Antworten abschicken" klicken! Vorher wird Ihre Stellungnahme nicht übermittelt.

Schlussbemerkungen